

"Es geht um die Kritik als solche": Nadine Frei und Robert Schäfer im Gespräch mit Hannah Schmidt-Ott

Schmidt-Ott, Hannah; Schäfer, Robert; Frei, Nadine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt-Ott, H., Schäfer, R., & Frei, N. (2021). "Es geht um die Kritik als solche": Nadine Frei und Robert Schäfer im Gespräch mit Hannah Schmidt-Ott. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:ssoar-82773-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Nadine Frei, Robert Schäfer, Hannah Schmidt-Ott | Interview | 08.01.2021

"Es geht um die Kritik als solche"

Nadine Frei und Robert Schäfer im Gespräch mit Hannah Schmidt-Ott

Für die an der Universität Basel entstandene Studie zu den Corona-Protesten in der Schweiz und Deutschland haben Oliver Nachtwey, Robert Schäfer und Nadine Frei 1150 von Mitgliedern einschlägiger Telegram-Gruppen ausgefüllte Fragebögen ausgewertet, Querdenker-Demonstrationen in Konstanz und Leipzig ethnografisch begleitet sowie eine ganze Reihe an Interviews mit Teilnehmer*innen und Sympathisant*innen geführt. Das Forschungsziel bestand darin, „Motivation, Werte und Überzeugungen“ der Querdenker*innen zu ermitteln. Nun liegen die ersten Ergebnisse der soziologischen Analyse vor. Die quantitativen Erhebungen sind bereits ausgewertet. Den nicht repräsentativen Daten sind teilweise bemerkenswerte Einstellungsmuster und Korrelationen abzulesen, aus denen die Basler Forschungsgruppe in einer Grundausswertung, die [hier](#) nachzulesen ist, erste Schlüsse zieht. Im Interview ordnen Nadine Frei und Robert Schäfer einige der Befunde ein und erläutern ihre Thesen.

Liebe Frau Frei, lieber Herr Schäfer, was hat Sie an den von Ihnen erhobenen Daten in der ersten Auswertung, die Sie nun vorgenommen haben, am meisten überrascht?

Bei unserer ethnografischen Beobachtung in Konstanz fanden wir bemerkenswert, wie sehr sich die Maske als politisches Symbol des Widerstands etabliert hat. In Gesprächen, bei Reden und auf Plakaten konnten wir unterschiedliche Begründungen für das Nichttragen einer Maske ausmachen: Zum Beispiel wurde die medizinische Funktion infrage gestellt, die Maske als Zeichen der Diktatur und freiwilligen Unterwerfung gedeutet oder als störend bei der Kommunikation empfunden. Die Thematisierung der Masken war damit zentral für die Gemeinschaftsbildung vor Ort. Es hat sich herausgestellt, dass Corona-bedingte Maßnahmen wie das Tragen von Masken häufig im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Kinder thematisiert und stark problematisiert wurden. Zwar hatten wir die Thematisierung der Auswirkungen auf Kinder in unsere Umfrage aufgenommen; die hohe Zustimmung der drastischen Aussage „Masken sind Kindsmisbrauch“ hat uns dann aber doch überrascht. In den qualitativen Interviews, die wir bislang geführt haben, schien uns beachtenswert, dass die Einstiegsfrage „Was stört Sie an den Maßnahmen?“ so verstanden wird, dass die Frage vor allem auf das „Sie“ zielt, weniger auf das „Was“. Anders gesagt: Es wird viel Energie darauf verwendet, sich selbst als Person zu

rechtfertigen und weniger darauf, die Kritik, die sich gegen etablierte Autoritäten richtet, inhaltlich zu begründen. Zweitens hat es uns überrascht, wie rasch Verbindungen gezogen und die ganz großen Zusammenhänge postuliert werden, wie schnell es etwa von der Maske zu Nationalsozialismus, Polizei- und Überwachungsstaat, 9/11 und dem Hunger in Afrika geht. Das Prinzip, dass alles mit allem zusammenhängt, ist zwar typisch für Verschwörungsdanken und solche Assoziationen sind insofern erwartbar. Allerdings werden sie nicht zwingend mit einer sinisteren Konspirationselite in Verbindung gebracht, sondern können auch einfach als faktisch gegebene Zusammenhänge behandelt werden, die ohne Bezug auf dahinterliegende Täuschungsmotive auskommen. Überraschend schien uns auch nicht so sehr der Umstand, dass diese totalen Zusammenhänge behauptet werden, sondern wie unmittelbar Verknüpfungen konstruiert werden können.

Können Sie den Umstand erklären, dass ein so hoher Anteil der Querdenker*innen von links kommt und sich nun nach rechts orientiert?

In den Interviews schließen die Corona-Dissident*innen direkt an klassische Themen der linken Gesellschaftskritik an: Kritik am Kapitalismus, an gesellschaftlichen Entfremdungsprozessen im Allgemeinen, an Globalisierung und der Verflechtung internationaler Konzerne mit den herrschenden Eliten, am Neo-Kolonialismus etc. So gesehen ist es nicht überraschend, dass sich die Querdenker*innen auch aus dem linken politischen Spektrum rekrutieren. Die Sache ist aber komplexer. Wir verschaffen uns momentan einen Überblick über die Beweggründe, an den Corona-Protesten teilzunehmen. In der Umfrage hat sich gezeigt, dass viele der Befragten eine Einteilung in ein Links-Rechts-Schema ablehnen. Das könnte man dahingehend deuten, dass dem ein entfremdetes Verhältnis zum etablierten politischen Repräsentationssystem zugrunde liegt. Durch die Ablehnung einer gängigen politischen Einteilung wird die Besonderheit des Protests betont und ein neuartiges Widerstandsmoment fernab des Etablierten zelebriert. So konnten wir in der bisherigen Analyse feststellen, dass das institutionell Etablierte unter dem ständigen Generalverdacht der Parteilichkeit, der Einseitigkeit oder sogar der Unterwanderung steht. Wie bereits angesprochen, handelt es sich zum Teil um eine relativ diffuse Kritik, die grundlegend und umfassend operiert, sich als Selbstzweckhaft versteht und den Dissens als solchen honoriert. Wichtig ist nicht, wogegen man konkret ist, sondern *dass* man dagegen ist. Darin zeigt sich eine Strategie der ostentativen Distinktion, das heißt das Streben danach, sich selbst als etwas Besonderes und Anderes zu inszenieren. Daher ist es nicht erstaunlich, dass sich die Querdenker*innen von einer Einteilung in links/rechts zu distanzieren versuchen. Entgegen dieser Selbstbeschreibung zeichnet sich aber ab, dass die Bewegung sehr wohl nach rechts offen ist. In der Befragung zeigte sich, dass eine Mehrheit

die AfD für eine normale Partei und die Aufregung um Reichskriegsflaggen auf den Demonstrationen für übertrieben hält. Diese fehlende Abgrenzung gibt der organisierten Rechten die Möglichkeit, beinahe unwidersprochen an den Protesten anzudocken. In Leipzig erfolgte etwa das gewaltsame Durchbrechen der Polizeiketten, durch das die Demonstration auf den Innenstadtring gelangen sollte, durch Personen aus dem neonazistischen Umfeld. Die Querdenker-Bewegung verfügt aber auch über ein immanentes Radikalisierungspotenzial, das nicht erst von rechts mobilisiert werden muss. Trotz Friedensrhetorik unterscheiden die Teilnehmer*innen dieser Proteste radikal zwischen „uns“ und den „anderen“. Dieses strikt dichotome Weltbild birgt als solches schon viel Konfliktpotenzial, das durch Prozesse der Selbstmarginalisierung noch verstärkt werden könnte. Der Versuch, sich selbst als die „Unerhörten“, die Ausgegrenzten und Unterdrückten darzustellen, kann zu einer weiteren Vertiefung des selbst gezogenen Grabens führen.

Welche Rolle spielt in diesem Kontext der erstaunliche Umstand, dass viele Querdenker*innen offenbar auch gut in andere Protestmilieus integriert sind, in Gewerkschaften organisiert sind, Parteimitglieder bei den Grünen oder der SPD waren, an Bürgerbewegungen beteiligt sind, sich in Stadtteilgruppen engagiert haben?

Wir interessieren uns in unserer Analyse weniger für die bereits bestehenden politischen Erfahrungen und deren Einfluss auf die Teilnahme an den Corona-Protesten, als für Neupolitisierte beziehungsweise für sogenannte Erweckungserlebnisse. Es hat sich sowohl in Konstanz als auch in Leipzig gezeigt, dass viele der befragten Personen zum ersten Mal an einem Corona-Protest teilgenommen haben. Zum Beispiel gab es in Konstanz schon zu Beginn des Demonstrationstages auf der Bühne Animationsversuche, die darauf zielten, ein Gefühl der Gemeinschaft herzustellen. Dazu gehörten auf formaler Ebene unter anderem das Skandieren von bestimmten Sprechchören, das gemeinsame Zeigen einer Symbolik und musikalische Darbietungen auf der Bühne. Insgesamt lässt sich die Kundgebung in Konstanz als Happening mit affektuellem Potenzial beschreiben, in dem aber eine Trennung zwischen „uns“ und „den anderen“ latent vorhanden war. Wenn wir von einer Verschiebung von der *Festgemeinschaft* zur *Leidensgemeinschaft* hin zur *Widerstandsgemeinschaft* sprechen, dann meinen wir damit, dass die Teilnehmer*innen an diesen Demonstrationen zwar immer wieder vom Frieden sprechen, ihre eigene Marginalisierung aber empört zurückweisen, was enormes affektuelles Potenzial, auch im Sinne einer möglichen Radikalisierung, mit sich bringt. Zwar wird eine Leidensgemeinschaft heraufbeschworen, doch der Opferstatus abgelehnt. So wird zur Eigeninitiative und zum Aneignen von Wissen aufgerufen, in dem man selber hinterfragt,

sich informiert, recherchiert und überprüft. Gefordert wird also Aktivität und Handeln. Diese Neupolitisierten, die eigentlich Polit-Amateur*innen sind, treffen bei den Protesten auf Personen, die bereits jahrelange politische Erfahrung aufweisen, über das notwendige Knowhow und die Ressourcen für die Organisation von Kundgebungen und Demonstrationen verfügen und auf ein bereits bestehendes Netzwerk zurückgreifen können. Diese Verquickung trägt sicherlich dazu bei, dass die Bewegung solch eine hohe Mobilisierungskraft entfalten konnte.

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass der Anteil von Frauen, der in der quantitativen Erhebung bei über 60 Prozent liegt, so groß ist?

Trotz der zunehmenden Thematisierung der geschlechterspezifischen Konsequenzen der Corona-Krise fehlt bislang eine Analyse zur Frage, welche Beweggründe es vor allem für Frauen gibt, an den Corona-Protesten in Deutschland und in der Schweiz teilzunehmen. Wir haben noch keine Erklärung für den hohen Anteil von Frauen an der quantitativen Umfrage, interessieren uns aber grundsätzlich für mögliche spezifische Beweggründe von Frauen, sich diesen Protesten anzuschließen. Nadine Frei und Ulrike Nack widmen dieser Frage einen Aufsatz, der noch im Entstehen ist. Bestehende Ungleichheiten werden durch die Corona-bedingten Maßnahmen und die damit in Zusammenhang stehende wirtschaftliche Krise verschärft. Frauen sind nicht nur einer stärkeren Arbeitsbelastung und aufgrund der horizontalen und vertikalen geschlechtlichen Segregation in der Berufssphäre einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt, sondern sie übernehmen auch im „privaten“ Bereich mehr Verantwortung für die im Zuge der Krise zunehmende Reproduktionsarbeit, zum Beispiel beim Homeschooling und der häuslichen Kinderbetreuung. Frauen hätten also guten Grund, gegen die Mehrbelastung zu protestieren!

Frei und Nack gehen allerdings davon aus, dass bei den Corona-Protesten andere Beweggründe ausschlaggebend sind, die empirisch zu überprüfen sind. Im Aufsatz wird die theoriegeleitete These postuliert, dass der Protest von Frauen auf eine Krise der, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft konstituierende, Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit verweist. Aus einer soziologischen und philosophischen Perspektive interessieren sie sich für zwei Aspekte: Impfen und Sorge um die Nächsten. Anhand dieser Themen diskutieren sie die These, dass manche Frauen mit ihrem Protest gegen Impfen und Corona-bedingte Kontakteinschränkungen ihre gesellschaftlich auferlegte und anschließend selbst angenommene Zuordnung zum Bereich der Natur und des Privaten zum Ausdruck bringen. Es sind Frauen, die Impfen als Offensive gegen die Natur verstehen

und in Konsequenz als Angriff auf sich selbst interpretieren. Und es sind Frauen, die die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus als leidvolle Erfahrung und Behinderung ihrer Sorge um die Nächsten (Kinder, Angehörige, Ehemann) wahrnehmen und die deswegen dagegen aufbegehren. Die Maßnahmen werden als staatliche Angriffe auf die Bereiche, die Frauen gesellschaftlich noch immer zugeteilt werden und auf welche manche Frauen ihr Selbstverständnis gründen, interpretiert. Sie verteidigen so Natur wie Privates als ihre Hoheitsgebiete. Dieser Protest lässt insofern emanzipatorischen Gehalt vermissen, als die Reduktion auf die gesellschaftliche Sphäre, die den Frauen zugeschrieben wird, nicht infrage gestellt wird, sondern im Gegenteil bewahrt werden soll. Es ist kein Protest, der sich gegen die vergeschlechtlichte Sphärentrennung und die aus ihnen resultierende Mehrbelastung in der Pandemie richtet.

Ganz grundsätzlich attestieren Sie der Bewegung eine „normative Unordnung“. Was ist darunter zu verstehen? Was ist „unordentlich“? Und wenn Unordnung vorliegt, wieso ist für Sie dennoch so etwas wie eine normative Matrix bei den Querdenker*innen erkennbar?

Mit „normativer Unordnung“ beschreiben wir die Tatsache, dass diese Bewegung keine erkennbare weltanschauliche Kohärenz aufweist, einfach gesagt: Sie ist – anders als in den USA, wo *Anti-Mask Pro-Trump* bedeutet und umgekehrt – weder links noch rechts einzuordnen beziehungsweise sie ist sowohl links als auch rechts. Das zeigt sich auch darin, dass in unserer Umfrage die Hälfte der Befragten angegeben hat, die klassischen Kategorien von links und rechts hätten für sie keine Bedeutung. Es ist – ähnlich wie etwa bei den Montagsmahnwachen – schwierig, einen gemeinsamen normativen Bezugsrahmen auszumachen. Zwei Präzisierungen sind hier angebracht. Erstens entspricht diese Diagnose aus der Beobachterperspektive durchaus nicht der Selbstbeschreibung der Akteur*innen, die sich in ihrem prinzipiellen Dagegensein vereint sehen. Zwar unterscheiden sie sich im Hinblick darauf, wogegen sie genau sind und auch was sie motiviert, dagegen zu sein, mag variieren, zentral ist aber doch für alle Beteiligten, dass sie dagegen sind. Zweitens ist deutlich, dass die geäußerten Formen der Kritik durchweg die gleichen semantischen Ressourcen mobilisieren. Es handelt sich dabei um eine Verschränkung romantischer und rationalistischer Motive. Einerseits gibt es einen starken positiven Bezug auf die Natur, auf affektive Vergemeinschaftung sowie allgemein auf Spiritualität und „ganzheitliches Denken“. Auch das populäre Bild des heroischen Widerstandskämpfers, der bereit ist, mutig für seine Sache einzustehen und gegebenenfalls große Opfer zu bringen, trägt genuin romantische Züge. Andererseits wird insofern rationalistisch argumentiert, als etwa die moderne Wissenschaft nicht von außen kritisiert wird, sondern mithilfe alternativer

Studien, die selbst den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben. Ähnliche Argumentationen kennt man aus der Esoterik, wo oft wissenschaftlich zu beweisen versucht wird, dass es Dinge gibt, die sich wissenschaftlich nicht beweisen lassen.

Eine letzte Frage: Ist die „Corona-Dissidenz“, wie Sie von Ihnen analysiert wurde, tatsächlich eine derart heterogene Bewegung, was macht sie dann für Ihre Begriffe zum „Ausdruck einer fundamentalen Legitimationskrise der modernen Gesellschaft“? Könnten Sie diese Diagnose erläutern?

Vor dem Hintergrund des oben Ausgeführten erscheint es allgemein recht schwierig, die Heterogenität der Bewegung genau einzuschätzen. Jedenfalls wurde in den Medien immer wieder die Frage aufgeworfen, was linke Hippies, Esoteriker*innen, Rechtsradikale und „normale besorgte Bürger*innen“ zusammenhält – und wir haben diese Frage zu unserer gemacht. Eine Antwort darauf wurde schon angedeutet: Es geht den Corona-Dissident*innen weniger um den Inhalt der Kritik, sondern um die Kritik als solche. Im Weber'schen Sinne könnte man vielleicht sagen, dass es sich um Gesinnungsethiker*innen in Reinform handelt. Sie sehen sich nicht verantwortlich für die konkreten Konsequenzen ihrer Handlungen, sondern nur dafür, „dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z. B. des Protests gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt“ (S. 61). Und in diesem Fall ist eben die Tatsache, dass man kritisch ist, dagegen ist, der gemeinsame Nenner. Dazu passt, dass diese Form der Kritik sich als Verteidigerin ganz abstrakter Ideale versteht, allen voran die Freiheit des Individuums vor staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre.

Wie lässt sich nun unsere These, dass es sich um eine fundamentale Legitimationskrise der modernen Gesellschaft handelt, verstehen? Es zeigt sich in der Gesellschaftskritik, wie sie im Kontext der Corona-Maßnahmen formuliert wurde, dass in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen die Versprechen der Moderne ihre Glaubwürdigkeit verloren haben: Demokratie führt nicht zwingend zur politischen Mündigkeit der Bürger*innen, Fleiß und Leistung garantieren den wirtschaftlichen Aufstieg nicht mehr, wissenschaftliche Aufklärung führt nicht unbedingt zur Erkenntnis der objektiven Wahrheit, die professionalisierte Schulmedizin kann eine „ganzheitlich“ verstandene Gesundheit nicht erreichen, Bildung verkommt zur Ausbildung und zur Trimmung für den Arbeitsmarkt etc. Solche Positionen gehören heute zum gesellschaftskritischen Common Sense und kulminieren gegebenenfalls in der Kritik am grundlegenden Ideal der modernen Gesellschaft: Fortschritt. Aber vor allem beruht das Projekt der Moderne auf dem Versprechen der Möglichkeit von Kritik. Was immer die moderne Gesellschaft sonst noch

sein mag – funktional differenziert, bürgerlich-kapitalistisch, rationalistisch entzaubert – ganz wesentlich ist sie eine Gesellschaft der Kritik. Das ist gewissermassen die Rückseite von Eisenstadts Verlust der „Grundlagen aller Gewissheit“. Grundsätzlich kann, und soll, alles hinterfragt werden und die Kritik kann auch sehr umfassend ausgreifen. Das scheint aus Sicht der Dissident*innen in der gegenwärtigen Krise nicht mehr gegeben zu sein. Die Kritik zielt deshalb auch weniger auf konkrete Maßnahmen, sondern folgerichtig vor allem darauf, dass Kritik nicht mehr erlaubt sei.

Bei dieser Interpretation handelt es sich aber weniger um eine kohärente Zeitdiagnose, sondern eher um den Versuch, unseren Forschungsgegenstand gesellschaftstheoretisch ungefähr zu verorten und die Frage zu beantworten, was diese Formen von Kritik über die gegenwärtige Gesellschaft aussagen. Einschränkend ist dabei aber unbedingt zu beachten, dass die Proteste in dieser Form und Größenordnung auf das deutschsprachige Europa beschränkt sind. Weshalb das so ist, können wir bislang nicht erklären. Die These von der Legitimationskrise ist für uns so etwas wie ein Scheinwerfer, der uns bislang ganz gute Dienste dabei geleistet hat, im dichten Nebel einer relativ unbekanntem Empirie die Orientierung nicht zu verlieren. Wie weit diese These letztlich trägt, wird sich natürlich erst durch weitere Forschung zeigen.

Nadine Frei

Nadine Frei promovierte über Deutungen des Geldes im Fachbereich Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind (kultur-)soziologische Theorien, insbesondere Geld- und Wirtschaftssoziologie, und Methoden qualitativer Sozialforschung. Aktuell hat sie einen Lehrauftrag an der Universität Basel.

Robert Schäfer

Robert Schäfer ist Dozent für qualitative Sozialforschung am Fachbereich Soziologie der Universität Basel und Dozent für Soziologie im Studiengang Geschichte an der FernUni Schweiz. Er ist außerdem Redaktor der Online-Zeitschrift sozialpolitik.ch und Mitglied der GRC Peer Group for Religion and Politics der Universität Zürich. Er promovierte im Fach Soziologie und arbeitet nun an seinem säkularisierungstheoretischen Habilitationsprojekt über aktuelle Formen der Gesellschaftskritik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kultur- und Religionssoziologie sowie Methoden qualitativer Sozialforschung.

Hannah Schmidt-Ott

Hannah Schmidt-Ott ist Soziologin. Sie arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteurin der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie des Internetportals Soziopolis.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Martin Bauer.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozio.polis.de/es-geht-um-die-kritik-als-solche.html>